

PROFIL GRÜN

DAS MAGAZIN DER
BUNDESTAGSFRAKTION



GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Pakt für lebenswerte Regionen

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Bundesregierung hat dazu bisher nur eine Kommission eingesetzt, die grüne Bundestagsfraktion hat einen Pakt für lebenswerte Regionen beschlossen und konkrete Maßnahmen für ein gutes Leben – überall in Deutschland – geliefert. Britta Haßelmann, Markus Tressel und Katrin Göring-Eckardt stellen ihn vor. **Seite 4**

Ende der Bescheidenheit

China drängt ökonomisch an die Weltspitze und gleichzeitig ist die Menschenrechtslage dort katastrophal wie nie. Deutschland und Europa müssen hierauf Antworten finden. Beiträge von Jürgen Trittin und Margarete Bause. **Seite 10**

Beinhart

Integrationspolitik. **Seite 12**

Artenvernichtung stoppen

Wir dürfen nicht länger an dem Ast sägen, auf dem wir sitzen, sondern müssen Maßnahmen zum Erhalt der Vielfalt ergreifen. Steffi Lemke richtet einen dringenden Appell an die Bundesregierung. **Seite 14**

Arbeitskreise

Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit. **Seite 18**

Grün und Grüner

Ins Bild gerückt: unsere Parlamentarischen Abende zur Kultur „Under Pressure – Kunst und Freiheit“, zur Schwulen- und Lesbenpolitik „Queer lives matter“ und zum Kirchentag in Dortmund „Was für ein Vertrauen“. **Seite 22**

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de, V. i. S. d. P.: Herta Parchent, Redaktion: Gisela Hüber, Sibylle Kraut-Eppich, Tim Meyer, Gestaltung: Oliver Geheeb, Stefan Kaminski, Titelbild: Unsplash, Druck: Dierichs Druck+Media Kassel, Papier: 90 g Revive Pure, Auflage: 94.000, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, Redaktionsschluss: 28.06.2019, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr



EDITORIAL



Foto: Stefan Kaminski

Früher war der Sommer eine Verheißung. Regen war eine Enttäuschung, vor allem, wenn er nicht aufhörte. Heute bedeutet Sommer Überhitzung und Warten auf den Regen. Wir rüsten uns gegen den Sommer wie früher gegen den Winter, machen unsere Wohnungen „sommerfest“: Der Markt für Raumklimaanlagen wächst jährlich um 10 bis 20 Prozent!

Für viele Menschen, vor allem Kleinkinder und Ältere, sind die steigenden Temperaturen ein Gesundheitsrisiko. Für die Natur bedeuten Trockenheit und Hitze Lebensgefahr: Der Grundwasserspiegel sinkt, Bäume verdursten und die Zahl der Waldbrände in Deutschland steigt von Jahr zu Jahr. Auch bei uns ist es unübersehbar: Unser Planet ist längst in einem kritischen Zustand. Doch die anderen Fraktionen im Bundestag schauen tatenlos auf die Erderwärmung wie das Kaninchen auf die Schlange. Heute müssen wir ernüchert feststellen, dass als Einzige wir Grüne uns über die Jahre mit der Situation auseinandergesetzt haben. Deshalb können wir jetzt auch fundierte Antworten geben. Wir haben einen Plan, wie wir schnellstmöglich von der Kohle auf erneuerbare Energien umschalten, wie CO2 einen Preis bekommt und wie das sogar für mehr soziale Gerechtigkeit sorgt. Wir haben Konzepte für eine umweltfreundliche Verkehrswende und eine nachhaltige Landwirtschaft, die allen nutzt. Weil in der Ära Merkel allerdings kostbare Jahre vertan wurden, die Klimaerhitzung aufzuhalten, befinden wir uns längst im Modus des Krisenmanagements. Wir brauchen jetzt Lösungen, um unsere Wälder klimafest und den Ackerbau hitzeresistenter zu machen. Auch hier haben wir Antworten, auch da Fehlanzeige bei der Bundesregierung.

Ohne unsere zahlreichen Initiativen zu Klima- und Artenschutz wären dem Deutschen Bundestag diese Themen kaum der Rede wert. Die Untätigkeit der Regierungskoalition gegenüber der Generationenaufgabe Klimaschutz steht für einen Willen zur Macht ohne Ziel. Wie lange noch?

Uns jedenfalls steht der Sinn nach Veränderung. Passend dazu erscheint auch diese profil:GRÜN im neuen Look. Was dieses Heft darüber hinaus bereithält: Unser Schwerpunkt beschäftigt sich mit der Frage, wie es gelingen kann, gleichwertige Lebensverhältnisse für alle in diesem Land herzustellen. Ein neuer grüner Förderansatz soll Mittel und Möglichkeiten gezielt in strukturschwache Regionen bringen. Der Beitrag zum dramatischen Artenschwund erklärt, warum das Insektensterben kein Bienchen-Thema ist. Und wir brechen eine Lanze für Europa, denn auch der globale Geltungsanspruch Chinas fordert uns als einige Wertegemeinschaft heraus.

Herzlich,

Katrin Göring-Eckardt MdB
Fraktionsvorsitzende

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

schützen unsere Demokratie.

Pakt für lebenswerte Regionen

Foto: Brucklaif + unsplash

VON BRITTA HAßELMANN UND
MARKUS TRESSEL

GLEICHWERTIGE LEBENS-
VERHÄLTNISSE FÜR ALLE,
DAVON SIND WIR IN
DEUTSCHLAND NOCH WEIT
ENTFERNT. STRUKTUR-
SCHWACHE STÄDTE UND
REGIONEN IM OSTEN WIE IM
WESTEN FÜHLEN SICH IM
STICH GELASSEN. DAS WOL-
LEN WIR MIT UNSEREM GRÜ-
NEN PAKT FÜR LEBSWER-
TE REGIONEN ÄNDERN.

Manche Städte, Dörfer und Regionen wachsen, insbesondere Ballungsräume und Universitätsstädte erleben den Zuzug vieler Menschen. Anderswo haben es Orte schwer, Menschen zum Bleiben zu bewegen oder junge Menschen anzuziehen. So gibt es viele Städte und Ortschaften, in denen Häuser leer stehen, Geschäfte verwaist sind, in denen es keine Nahversorgung gibt. Das Handy findet wieder kein Netz. Der Bus kommt nur zweimal am Tag und am Wochenende gar nicht. Ohne Auto ist es mühsam, in die nächste Stadt zu kommen. Der Weg zur Kita oder Schule, zum Facharzt oder ins Kino wird zur großen Reise. Das frustriert und macht den Alltag beschwerlich. Mancherorts stellt sich bei den Menschen das Gefühl ein, nicht gehört und wahrgenommen zu werden. Das wirkt sich auch auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft aus.

SCHLÜSSELFAKTOR LEBENSQUALITÄT

Unser Grundgesetz fordert gleichwertige Lebensverhältnisse. Aber es gelingt bisher nicht, diesen Anspruch in vollem Umfang einzulösen. Vielfalt und Unterschiedlich-

keit sind grundsätzlich gut, aber manche Regionen leiden unter gravierenden Strukturschwächen, die wir so nicht hinnehmen können. Sie erfordern eine neue Verständigung auf die Frage „gleichwertiger Lebensverhältnisse“. Denn für die Teilhabe an einem selbstbestimmten Leben in Stadt und Land müssen die Grundvoraussetzungen stimmen. Dazu gehört eine funktionierende Infrastruktur wie öffentlicher Nahverkehr und schnelles Internet. Dazu gehören genauso Kinderbetreuung, Kultur und Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Wenn es an solcher Grundversorgung fehlt, wird das Leben beschwerlich, dann wachsen auch Wirtschaft und Innovation nicht. Denn die Konkurrenz zwischen den Regionen nimmt zu. Gute Daseinsvorsorge – als Lebensqualität und Angebot der Region – wird immer wichtiger. Sie wird zum Schlüsselfaktor für die Entwicklung von Regionen.

Dabei gibt es schon vielfältige Finanzhilfen und Fördermittel, um überall gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Jedoch drohen besonders in der Förderpolitik ab 2020 empfindliche Einschnitte: Die Schuldenbremse der Länder greift und der Solidarpakt II läuft aus. Zudem wird ab 2021 der Handlungsspielraum durch die neuen finanziellen Rahmenbedingungen der Europäischen Union deutlich eingeschränkt werden. Am Ende können der Regionalförderung durch Kürzungen mehrere Milliarden Euro in der Kasse fehlen. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

NEUSTART IN DER FÖRDERPOLITIK

Unser Fördersystem hat aber bereits jetzt viele Probleme. Die Unterstützung kommt nicht dort an, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Strukturschwachen Regionen fehlen häufig das notwendige Planungspersonal und eine kontinuierliche Förderstrategie. Deshalb können sie oft nur weniger Mittel abrufen als strukturstarke Regionen.

Die zentralen, gemeinsamen Programme der Regionalförderung von Bund und Ländern sind stark auf eine Förderung von Wirtschaft beziehungsweise von Landwirtschaft und Küstenschutz ausgerichtet. Dazu zählen etwa die Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes und die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Keine der beiden im Grundgesetz verankerten Gemeinschaftsaufgaben bietet jedoch eine angemessene Antwort auf die wachsenden Unterschiede der Lebensverhältnisse vor Ort.

Statt zu handeln, setzt die Regierung Kommissionen ein und schiebt das Problem auf die lange Bank. Weder die „Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse“ noch die sogenannte Kohlekommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zeigen bislang Lösungen auf. Dabei sind die Probleme nicht neu. Mögliche Förderinstrumente sind vielfach bekannt und in Modellprojekten erprobt. Zurzeit weckt die Ankündigung eines „gesamt-

deutschen Fördersystems“ zwar hohe Erwartungen, aber ein großer Wurf ist nicht zu erwarten. Und an bereits vorhandenen, kleineren Stellschrauben zu drehen, greift zu kurz. Wenn wir ein Land mit gleichwertigen Lebensverhältnissen sein wollen, dann müssen wir jetzt einen Neustart in der Förderpolitik machen.



Foto: Wiesler/CHROMORANGE

PAKT FÜR LEBENSWERTE REGIONEN

Um strukturschwache Regionen zu unterstützen, reicht die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung allein nicht aus. Damit Menschen sich in ihrer Region zu Hause fühlen, braucht es mehr. Die grüne Bundestagsfraktion hat dazu einen „Pakt für lebenswerte Regionen“ beschlossen und im Juni 2019 in den Bundestag eingebracht. Es ist ein neuer, umfassender Vorschlag, wie wir die unterschiedlichen Regionen in unserem Land lebenswert erhalten oder wieder lebendiger und lebenswerter machen können.

Unser Ansatz nimmt Bund und Länder gemeinsam in die Verantwortung. Mit dem Programm „Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle“ sollen gezielt Regionen mit großen Infrastrukturproblemen unterstützt werden. Sie bekommen Mittel und Gestaltungsmöglichkeiten, um ihre Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen. Außerdem sollen Bund und Länder überall im Land in zentralen Daseinsvorsorgebereichen eine „räumliche Grundsicherung“ schaffen. Damit sind die Angebote gemeint, die überall vorhanden sein sollen, zum Beispiel schnelles Internet und bedarfsdeckende Mobilität.



Foto: Simaitis/taif

Zwei Mitglieder eines „Buddelvereins“ aus Senden verlegen in Eigeninitiative mit einem selbstgebauten Verlegetraktor Glasfaserkabel zu ihren Bauernhöfen.

Um dieses Konzept finanzieren zu können, bedarf es einer Grundgesetzänderung: Den bestehenden Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern fügen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe für „Regionale Daseinsvorsorge“ hinzu.

Mit diesem Neustart in der Förderpolitik bekommen Bund und Länder ein Finanzierungsinstrument, das die Handlungsmöglichkeiten vor Ort deutlich verbessert und erweitert. Und dafür nehmen wir Geld in die Hand: Eine Milliarde Euro jährlich sollen Bund und Länder zusätzlich über das Bund-Länder-Programm gezielt für strukturschwache Regionen ausgeben können.

GEZIELTE FÖRDERUNG STATT GIESSKANNE

Unsere bestehende Förderpolitik krankt an einem Systemfehler: Allzu oft herrscht das Gießkannenprinzip. Die Fördermittel erreichen nicht diejenigen, die sie am meisten benötigen. Die neue Gemeinschaftsaufgabe soll deshalb zielgenau Regionen mit besonderem Handlungsbedarf ausmachen. Das können sowohl bevölkerungsarme, ländliche Regionen, als auch strukturschwache, städtische Regionen sein. Entscheidend ist, dass nicht wirtschaftliche Kriterien allein ausschlaggebend sind. Vielmehr sollen Infrastrukturausstattung und soziale Kriterien ein stärkeres Gewicht haben. Regionen mit hohen Bevölkerungsverlusten, starker Überalterung und hochverschuldeten Kommunen sollen von der neuen Gemeinschaftsaufgabe besonders profitieren. Gefördert werden soll in allen Bundesländern, damit auch Ungleichheiten zwischen den einzelnen Regionen ausgeglichen werden können.

EINMISCHUNG – JA BITTE!

Die Menschen vor Ort sind die besten ExpertInnen für ihre Region. Sie wissen selbst am besten, was ihre Region braucht. Deshalb müssen wir ihnen mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung, zur Einmischung und Gestaltung ihres Lebensumfelds geben. So stärken wir auch die Beteiligung und damit unsere demokratische Gesellschaft.

Mit „Regionalbudgets“ sollen Bürgerinnen und Bürger vor Ort ihre dringlichsten Vorhaben umsetzen können. Zusätzlich richten wir eine „Kompetenzagentur für Investitionen“ ein. Sie kann als Ansprechpartnerin weitere Fördermittel für regionale Projekte einwerben und die Kommunen gezielt in Sachen Förderpolitik beraten. Darüber hinaus werden die Menschen vor Ort durch ein Regionalmanagement unterstützt. Es leistet Hilfe, wenn es darum geht, eigene regionale Entwicklungskonzepte zu erstellen und umzusetzen sowie die nötigen Finanzmittel über das Regionalbudget hinaus einzuwerben. Dadurch soll auch die Zusammenarbeit der Kommunen, Landkreise und Planungsverbände verbessert werden.

RÄUMLICHE GRUNDSICHERUNG ALS BASIS

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse heißt nicht, dass alle Bausteine der Infrastruktur überall in gleichem Maß vorhanden sein müssen. Es bedeutet aber, für alle einen besseren Zugang zu guten, bezahlbaren und vielfältigen Versorgungsangeboten zu ermöglichen und damit gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Dazu braucht es Vorschläge, welche Angebote notwendig sind. Daraus ergibt sich, wie eine räumliche Grundsicherung aussehen soll. Perspektivisch sollen mit Hilfe der neuen „Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge“ schrittweise alle Kommunen in die Lage versetzt werden, für ihre Bürgerinnen und Bürger den Zugang zu relevanten Infrastrukturen und Dienstleistungen vor Ort zu gewährleisten. Entscheidend sind die erzielten Wirkungen, also ein bedarfsgerechter

und flexibler Zugang zu Angeboten des alltäglichen Lebens. Hierbei sind besonders die Breitbandversorgung, Mobilität und die wohnortnahe Gesundheitsversorgung für die Menschen von besonderer Bedeutung.

BREITBAND FÜR ALLE

Ständig kein oder ein schlechtes Netz zu haben, das gehört leider für viele zum Alltag. Schnelles Internet ist daher eine Grundvoraussetzung für lebenswerte Regionen. Ein Breitbandzugang gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Er muss kurzfristig in jeder Region, an jedem Haus vorhanden sein.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss. Und zwar für alle, ob Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Einrichtungen, Schulen, kleine und mittlere Unternehmen oder Vereine. Eine flächendeckende Breitbandversorgung mit Glasfaser ist selbst wiederum die Basis für eine Einführung des leistungsfähigeren Mobilfunkstandards 5G.

Für zukünftige Versteigerungen von Mobilfunkfrequenzen wollen wir National Roaming ermöglichen. Mobilfunkunternehmen, die eine bestimmte Region noch nicht versorgt haben, sollen dort vorübergehend das Netz anderer Anbieter mitnutzen können. Damit machen wir das LTE-Netz schnell flächendeckend verfügbar.

GARANTIERT MOBIL

Ob zum Arzt, ins Kino oder zur Arbeit: Wir alle haben ständig viele Termine und Verpflichtungen und müssen dafür mobil sein. Doch kann und will man dazu nicht eine Stunde unterwegs sein. Damit man auch ohne eigenes Auto schnell und bequem ans Ziel kommt, brauchen wir neue Mobilitätsangebote auch für dünn besiedelte Regionen.

Die Anbindung zum schnellen und regelmäßigen Bus- oder Bahnangebot ins nächste Unter- oder Mittelzentrum muss selbstverständlich sein. Dazu soll der Bund die Länder und Kommunen bei der Umsetzung der „regionalen Mobilitätsgarantie“ finanziell unterstützen.

Wir wollen insgesamt mehr und gezielter in Mobilität investieren: Bahnstrecken reaktivieren und elektrifizieren, Bahnhöfe revitalisieren und zu Mobilitätsstationen aufwerten. Die Mittel des Bundes für den Schienenverkehr wollen wir deutlich anheben, um so Mobilitätsangebote in ländlichen Räumen auszuweiten. Im „Ridesharing“, dem gemeinsamen Fahren oder Mitfahren, wollen wir mehr Experimente zulassen und es finanziell fördern.

SICHERE GESUNDHEITSVERSORGUNG

Alle Menschen müssen einen verlässlichen Zugang zu Gesundheitsberatung, ÄrztInnen oder Hebammen haben. Mit einer „regionalen Gesundheitsversorgung“ wollen wir dafür sorgen, dass die notwendigen Dienste überall erreichbar sind. Dafür müssen alle Anbieter in Gesundheitsnetzwerken ihre regionalen Angebote besser abstimmen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen dabei mitsprechen können. Wo nötig, braucht es Verbesserungen und Investitionen, zum Beispiel in telemedizinische Angebote, mobile Hebammen-Teams, Pflegeberatungsstellen oder Gesundheitszentren.

GRUNDLAGEN FÜR EIN GUTES LEBEN

Wir Grüne im Bundestag machen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen stark. Überall sollen Menschen mit ihrem Engagement und ihrer Arbeit etwas für ihr Gemeinwesen bewegen können. Gemeinsam mit ihnen wollen wir unsere Regionen wieder lebendiger und lebenswerter machen. Mit allem, was dazugehört: einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung, Zugang zum Internet, Mobilitätsangeboten, guten Kitas und Schulen sowie Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe.

Mit unserem „Programm für gleichwertige Lebensverhältnisse“ bringen wir zielgenaue Unterstützung auf den Weg. In besonders strukturschwachen Regionen wollen wir stärken, was da ist, und fördern, was fehlt. Mit Regionalbudgets geben wir Bürgerinnen und Bürgern finanzielle Mittel und Möglichkeiten, aktiv daran mitzuarbeiten.

www.gruene-bundestag.de/gleichwertig

Britta Haßelmann MdB
Sprecherin für
Kommunalpolitik



Markus Tressel MdB
Sprecher für
Ländliche Räume und
Regionalpolitik



AN DAS VERSPRECHEN DER EINHEIT ANKNÜPFEN

VON KATRIN GÖRING-ECKARDT

IM HERBST 89 GINGEN DIE MENSCHEN FÜR FREIHEIT, RECHTSSTAAT UND SELBSTBESTIMMUNG AUF DIE STRASSE. UND FÜR DIE EIGENE ZUKUNFT. „KOMMT DIE D-MARK BLEIBEN WIR, KOMMT SIE NICHT GEH'N WIR ZU IHR“ – DER SPRUCH KAM NICHT VON UNGEFÄHR. VIELE EMPFANDEN DIE OSTMARK, SYMBOL FÜR MANGELWIRTSCHAFT UND BESCHRÄNKUNG, SCHLICHTWEG ALS DEMÜTIGUNG.

Doch die zügige Einführung der D-Mark konnte den zweiten Exodus nicht stoppen. Der erste begann bereits nach der Staatsgründung der DDR. Viele ÄrztInnen und IngenieurInnen gingen damals, ein Grund für den Bau der Mauer. Und nach dem Fall der Mauer machten sich wieder Menschen auf den Weg, fast eine Million allein in den ersten beiden Jahren. Oft waren das die engagierten, gut ausgebildeten, jungen, mehr Frauen als Männer. Was sollten sie auch tun: Betriebe machten über Nacht dicht, ganze Regionen, wie im thüringischen Bischofferode 1993, verloren ihr wirtschaftliches Rückgrat. So gingen auch Steuereinnahmen verloren und damit die Infrastruktur – Schulen und Krankenhäuser, kulturelle Einrichtungen, Schwimmbäder oder Freizeitmöglichkeiten. Ein Teufelskreis: Je mehr Menschen weggehen, desto mehr Perspektiven verliert eine Region, desto mehr Menschen wandern ab.

Seit 1990 sind nach Recherchen der ZEIT 3,6 Millionen Menschen von Ost nach West gegangen. Auch die Geburtenrate brach für Jahrzehnte dramatisch ein. Das ifo Institut berechnete kürzlich, dass gegenwärtig so wenig Menschen im Osten leben wie seit 1905 nicht mehr. Nicht überall ist die Lage gleich. Leipzig, Jena, Potsdam – wir kennen die Leuchttürme. Sie überstrahlen die Regionen dazwischen. Klar, das gibt's auch im Westen. Aber aufs Ganze gesehen haben sich die wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Transformationsprozesse im Osten in einer Härte und Radikalität vollzogen, mit der niemand gerechnet hatte. 30 Jahre nach der friedlichen Revolution müssen wir eingestehen, dass der Weg in die erhoffte Zukunft für viele weit härter und steiniger war als erwartet.

Wir müssen an das Versprechen der Einheit unseres Landes, der gleichwertigen Lebensverhältnisse, wieder anknüpfen. Das heißt nicht, dass der Osten sich einfach nur anstrengen muss, damit er mal so sein wird wie der Westen. Vielleicht sogar im Gegenteil. Der Osten wird anders bleiben und viele Regionen werden noch lange Unterstützung benötigen. Aber langsam kehren heute Frauen und Männer in ihre Heimat zurück, weil sie etwas Neues, anderes anfangen wollen. Sie bringen Erfahrungen aus dem Westen oder dem Ausland wie auch der DDR-Zeit und den Wendejahren nach 1990 mit. Sie bauen an etwas, das zu diesem anderen Osten passt.

Tatsächlich hat sich der Osten in mancher Hinsicht rasanter entwickelt als der Westen. Hier gibt es mitunter bereits Antworten auf Fragen, die im Westen gerade erst gestellt werden – zum Beispiel zur Alterung der Gesellschaft oder zur Abwanderung in die Städte. Was wir jedoch nicht zulassen dürfen, ist eine weitere Fragmentierung der Gesellschaft. Wir dürfen nicht weiter zuschauen, wie die beiden Landesteile in ihrer Entwicklung weiter auseinanderdriften. Und das geht nur mit lebenswerten Regionen und gleichwertigen Lebensverhältnissen.



Katrin Göring-Eckardt MdB
Fraktionsvorsitzende

CHINA ERHEBT EINEN GLOBALEN GELTUNGSANSPRUCH. DEUTSCHLAND UND EUROPA MÜSSEN DARAUF ÖKONOMISCHE WIE POLITISCHE ANTWORTEN FINDEN UND SICH ZUGLEICH FÜR IHRE WERTE STARKMACHEN.

VON JÜRGEN TRITTIN

CHINA:

Lange galt das Prinzip der Zurückhaltung als Leitlinie für Chinas internationales Auftreten. 1974 hatte der spätere Führer Deng Xiaoping erklärt: „China ist und wird auch zukünftig keine Supermacht sein.“ Diese Zeiten sind vorbei. Heute will Präsident Xi Jinping das Land an die Weltspitze (zurück-)führen. Neben wirtschaftlichen Erfolgen ist dieser Wiederaufstieg die zentrale Säule für die Herrschaftslegitimation der Kommunistischen Partei.

HERRSCHAFT ÜBER WEGE UND MÄRKTE

Bisher übt China seine Macht international in erster Linie auf ökonomischem Gebiet aus, auch wenn man im Südchinesischen Meer beobachten kann, wie das Land seinen Ansprüchen militärisch Ausdruck verleiht. Der Kern der geopolitischen Strategie Chinas ist die „neue Seidenstraße“ (Belt and Road Initiative, BRI). Mit diesem gigantischen Investitionsprojekt möchte China neue Handelsrouten, Märkte und Energiequellen erschließen. Für beteiligte Länder birgt die Initiative Chancen – aber auch große Risiken wie Fehlinvestitionen, Überschuldungen und Abhängigkeiten. Darauf haben Deutschland und Europa noch keine ausreichende Antwort gefunden. Fast hätte die EU die Entwicklung verschlafen. Man sah zu, wie osteuropäische Staaten sich der BRI anschlossen. Inzwischen sind auch Kernländer der EU wie Italien dabei. Teils hat die Europäische Union den Chinesen selbst Tür und Tor geöffnet: zum Beispiel als sie Griechenland auf deutschen Druck drängte, Infrastruktur wie den Hafen von Piräus zu verkaufen.



Foto: REUTERS/Sagolj

DAS ENDE

DER BESCHIEDENHEIT

SYSTEMRIVALITÄT

Jetzt erleben wir ein Ende der europäischen Naivität. In ihrer neuen China-Strategie bezeichnet die EU-Kommission China erstmals als „Systemrivalen“. Europa findet sich plötzlich zwischen den Polen eines neuen kalten Wirtschaftskrieges wieder, in dem die USA und China um ökonomische Dominanz ringen. Der größte Binnenmarkt der Welt schaut bisher ratlos zu. Denn traditionelle Bündnisse tragen nicht mehr wie früher. US-Präsident Donald Trump nennt Europa „schlimmer als China“. Derweil redet China zwar von Multilateralismus, offenen Märkten und fairem Handel – allerdings folgen den Worten kaum Taten.

WAS SIND EUROPAS INTERESSEN?

Wie sollen Deutschland und Europa darauf reagieren? Abschottung ist keine Option. Wir müssen einen Umgang mit China in der Wirklichkeit finden, gerade wenn diese Wirklichkeit nicht unserem Ideal entspricht. In unserer China-Debatte sollte es deshalb auch um die europäischen Interessen gehen. Wie können wir Europa in diesem neuen kalten Wirtschaftskrieg resilienter, also widerstandsfähiger

machen? Was ist unsere Antwort auf unilaterale Sanktionen, auf staatsfinanziertes Dumping? Muss der Euro nicht zu einer echten globalen Zweitwährung werden – mit allen Konsequenzen? Fixstern muss bei alledem das Völkerrecht sein.

Fazit: Wir brauchen im Umgang mit China eine wertebasierte Realpolitik. Nur wenn wir unsere Interessen klar haben, können wir uns erfolgreich für unsere Werte starkmachen.

www.gruene-bundestag.de/internationales
www.gruene-bundestag.de/menschenrechte



Jürgen Trittin MdB
Mitglied im
Auswärtigen Ausschuss

MENSCHENRECHTE OHNE WERT

VON MARGARETE BAUSE

Die Lage der Menschenrechte in China ist derzeit so dramatisch wie 1989. Damals ließ das Regime die friedlichen Proteste auf dem Tian'anmen-Platz brutal niederschlagen. Seit dem Amtsantritt Xi Jinpings vor sechs Jahren haben Repression und Überwachung noch mal deutlich zugenommen. Bürgerrechte werden massiv eingeschränkt, unabhängige Medien und VerteidigerInnen der Menschenrechte zur Gefahr für die nationale Sicherheit erklärt. Menschen werden verfolgt, inhaftiert, misshandelt und gefoltert. Unabhängige Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen sind verboten, die Todesstrafe ist an der Tagesordnung.

Die totale Kontrolle der Bevölkerung schreitet voran. Massenhafte Datenerfassung, allgegenwärtige Überwachung und Zensur im Netz wie in den sozialen Medien sind die Mittel eines Systems, das man wohl nur als technologischen Faschismus bezeichnen kann. Bis 2020 soll das berüchtigte Sozialkredit-System flächendeckend zum Einsatz kommen, das Wohlverhalten im Sinne des Staates honoriert und Unerwünschtes bestraft.

Gegenüber missliebigen Volksgruppen zeigt das System keine Gnade. In der Autonomen Region Xinjiang im Nordwesten Chinas werden mehr als eine Millionen Menschen interniert und indoktriniert, mehrheitlich muslimische UigurInnen, aber auch ethnische KasachInnen und KirgisInnen. Ziel ist die Auslöschung ihrer Kultur und die Zwangsassimilation. Auch nach Taiwan und Hongkong greift der Arm der KP-Führung. Mit dem geplanten Hongkonger Auslieferungsgesetz sollen „verdächtige“ Personen nach China ausgeliefert werden können. Dort droht ihnen Folter oder gar die Todesstrafe. Die Universalität der Menschenrechte wird von Chinas KP immer mehr ausgehöhlt. Damit fordert sie unser demokratisches Selbstverständnis heraus. Wir dürfen nicht schweigen, wenn in Tibet oder Xinjiang Unschuldige in Lagern verschwinden. Wir dürfen es nicht hinnehmen, wenn über die unzähligen Todesopfer von Tian'anmen das große Vergessen verordnet wird. Wir müssen unsere Werte ernst nehmen, sonst wird China uns nicht ernst nehmen.



Margarete Bause MdB
Sprecherin für
Menschenrechtspolitik

Nach Deutschland geflüchtete Menschen sollen so leben können, wie es in unserer Verfassung verbrieft ist. Dafür kämpft **FILIZ POLAT** als Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik.

Beinhardt

VON MICHAELA ECK

Jeans, T-Shirt, die dunklen Haare zum Zopf gebunden – so unprätentiös und freundlich ihr Auftritt, so leidenschaftlich und beinhardt ist sie in der Sache. Filiz Polat ist seit zwei Jahren Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik der grünen Bundestagsfraktion. Sie will den Menschen eine Stimme geben, die nicht die Möglichkeit haben, sich selbst Gehör zu verschaffen.

Es geht ihr um die Einhaltung der Menschenrechte – nicht mehr, aber auch nicht weniger. „Unsere Verfassung, Artikel 1 des Grundgesetzes, ist hier ganz eindeutig“, sagt sie. „Die Würde des Menschen ist unantastbar, das ist ein herrlicher deutscher Satz, so einfach und auf Anhieb einleuchtend. Und von umso größerer Abgründigkeit, wenn man den Folgesatz bedenkt: Sie muss dennoch geschützt werden.“ So formulierte ihn zugespitzt der Schriftsteller Navid Kermani anlässlich des 65. Jahrestags des Grundgesetzes in seiner Rede im Bundestag. Filiz Polat spricht er aus der Seele.

Es ist Mittagszeit, draußen tobt die Hitze, doch sie ist hellwach. Ihre Termine haben sich heute nahtlos aneinandergereiht und auch jetzt ist sie auf dem Sprung. „Ich muss gleich zum Zug nach Bramsche, meine Schwester aus Istanbul ist zu Besuch.“ Auch wenn es nur kleine Zeitfenster sind, fährt sie in den Ort, mit dem sie seit ihrer Kindheit verwurzelt ist. Dort in Niedersachsen lebt sie mit ihrer Familie und ihrer Lebenspartnerin in einem Mehrgenerationen-Haus. Sie kümmert sich um ihre Eltern und um ihren Freundeskreis. Doch ob Bramsche, Istanbul oder Berlin – sie fühlt sich da wie dort zuhause.

Ihre Eltern haben sie schon früh darin unterstützt, Verantwortung zu übernehmen und sich einzumischen. Ihr Vater, mit türkisch-kurdischen Wurzeln, studierte in Deutschland Medizin und arbeitete als Arzt. Die Mutter, gebürtige Bramscherin, gehörte zu den ersten Grünen in Niedersachsen. „Ich bin behütet und sorgenfrei aufgewachsen“, sagt sie lächelnd.

Nach Abschluss des Gymnasiums im westfälischen Münster studiert Filiz Polat in Frankfurt am Main Volkswirtschaftslehre. „Ich wollte verstehen, wie Geld und Wirtschaft funktionieren.“ Bereits mit 18 Jahren hat sie ihr erstes kommunales Mandat und gehört zu den jüngsten KommunalpolitikerInnen in Niedersachsen. Mittlerweile ist sie über 20 Jahre politisch aktiv, vom Ortsrat bis zum niedersächsischen Landtag.

„Menschenrechte sind für mich der wichtigste politische Orientierungspunkt, dafür brenne ich“, sagt sie. Scharf kritisiert sie die Gesetespakete zu Migration und Integration, die der Bundestag Anfang Juni 2019 mit einer Mehrheit von Union und SPD verabschiedet hat. Darunter auch das von Bundesinnenminister Horst Seehofer stammende „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“. „Dieses Gesetz“, sagt sie, „ist ein Katalog an Inhumanität und Entrechtung von Geflüchteten“. Es sieht vor, dass eine Behörde eine abgelehnte AsylbewerberIn jetzt ohne richterliche Genehmigung in Abschiebehaft nehmen kann. Was sich in einem Rechtsstaat gehört, nämlich so elementare Grundrechte wie das Recht auf Freiheit so gut wie möglich zu schützen, wird hier gezielt geopfert, lediglich um der Verwaltung die Arbeit zu erleichtern. „Erschwerend kommt hinzu, dass diesen Menschen der Zugang zu Rechtsanwältinnen nur eingeschränkt möglich ist, weil sie in einem Ankerzentrum isoliert sind und außerdem ihre Leistungen gekürzt werden“, erklärt sie. Damit nicht genug, wird nun auch den FlüchtlingshelferInnen, die sich gegen Abschiebungen einsetzen, Strafe angedroht und ein neuer Zustand der „Duldung light“ geschaffen. Verkürzt heißt das, abgelehnte AsylbewerberInnen bekommen zunächst nur noch „ein Dach über dem Kopf, Wasser und Brot“, – gerade genug Sachleistungen, um zu überleben.

„Egal was passiert, wir werden nicht lockerlassen, um das zu verhindern“, sagt sie bestimmt. Ein Blick auf die Uhr, es ist Zeit für den Zug. Sie füllt ihre Wasserflasche, nimmt die Tasche, verabschiedet sich und weg ist sie.

Foto: Stefan Kaminski



BIOGRAFIE:

Seit 1996 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen; 2005–07 stellv. Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen
2004–17 Mitglied des Landtages Niedersachsen; 2006–16 Mitglied des Stadtrates Bramsche; 2011–16 Mitglied des Kreistages Osnabrück
seit 2017 Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik und Mitglied und Obfrau im Ausschuss für Inneres und Heimat

RETTET DIE VIELFALT

VON STEFFI LEMKE

VIEL WURDE IN LETZTER ZEIT ÜBER DAS INSEKTEN- UND VOGELSTERBEN BERICHTET UND DISKUTIERT. DOCH LÄSST DIE BUNDESREGIERUNG HIER, WIE BEIM KLIMASCHUTZ, WERTVOLLE ZEIT VERSTREICHEN.

Das Thema ist am Abendbrottisch der Familien angekommen. Ganz Bayern spricht über Bienen und steht für ihren Schutz in den Rathäusern an. Andere Bundesländer wollen mit einem Volksbegehren nachziehen. Auch die Nachricht des Weltbiodiversitätsrates (IPBES) bewegt viele Menschen: Eine Million Arten sind in den nächsten Jahrzehnten vom Aussterben bedroht. Zumindest steht nun der Schutz der Biodiversität vermehrt im Fokus der Öffentlichkeit – das ist auch ein grüner Erfolg.

UNGEKANNTER ARTENVERLUST

Eines muss uns ganz klar sein: Neben der Klimakrise ist das globale Aussterben unzähliger Tier- und Pflanzenarten die größte Bedrohung für das menschliche Leben. Wir erleben einen bislang ungekannten Artenverlust – weltweit und in Deutschland: Mehr als die Hälfte aller Feldvögel sind in Europa bereits verschwunden. In Deutschland gelten drei von vier heimischen Vogelarten der Offenlandschaft als gefährdet. Um 75 Prozent hat die Insekten-Biomasse in den letzten 25 Jahren in Deutschland abgenommen. Drei Viertel unserer Naturräume haben erhebliche Veränderungen erlitten, viele wurden zerstört.

Beim Kampf für die Biodiversität geht es um den Schutz von Arten – den Amur-Leoparden, um Elefanten und Wildbiene – doch der Einsatz für einzelne Leuchtturmartens springt zu kurz. Denn das Artensterben beschränkt sich nicht auf Vögel und Insekten. Meerestiere und Wildpflanzen, ganze Ökosysteme wie Moore, Auen oder Korallenriffe

ARTENVERNICHUNG STOPPEN!



Foto: Reiner Bernhardt, picture alliance

KEIN BIENCHEN-THEMA

Das Fatale an diesen Entwicklungen ist der Angriff auf das gesamte Biodiversitätsnetz, auf Nahrungsketten und ökologische Systeme. Deren Abhängigkeitsverhältnisse sind bis heute nicht vollständig erforscht. Zwar wissen wir, dass intensiv mit Pestiziden und Mineraldünger behandelte Böden eine geringere Artenvielfalt und einen geringeren Humusgehalt aufweisen und dass Pflanzen hier weniger Trockenheitsstress ertragen. Doch wie sich das auf die Ernterträge in 10, 15 Jahren auswirkt, kann heute niemand sagen.

Der Schutz der Biodiversität ist eben kein Bienen-Thema, wie Frau Klöckner und Frau Schulze uns im Namen der Bundesregierung weismachen wollen. Es ist ökonomische Hardware und entscheidend für den zukünftigen Wohlstand in unserem Land. Was die Politik bisher unternommen hat, gleicht einem Papiertiger. So wurde beispielsweise unter dem damaligen Umweltminister Sigmar Gabriel der Stopp des Artensterbens bis 2020 beschlossen, doch passiert ist seitdem nichts. Das Volksbegehren für Artenvielfalt in Bayern hat innerhalb weniger Wochen mehr bewirkt als die Bundesregierungen der letzten zehn Jahre.

NATURZERSTÖRUNG MIT STEUERGELDERN

Ein Spaziergang ist es nicht: Wer etwas für die Biodiversität erreichen will, muss ans Eingemachte. Es erfordert, Strukturen zu verändern und Geldströme umzulenken. Vor unserer Haustür betrifft das zuerst die europäische Agrarpolitik und damit die Art und Weise, wie bei uns Landwirtschaft betrieben wird. Der größte Flächenanteil Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt. Studien zeigen, dass die Artenzahl, die Häufigkeit und die Biomasse von Tieren und Pflanzen in der Agrarlandschaft stark abnehmen. Der größte Teil des EU-Haushalts fließt aber in die Landwirtschaft – also ist das der Hebel.

sind bedroht oder bereits zerstört. Die Folgen dieser einzelnen Katastrophen für das menschliche Leben sind bisher weit schlechter beschrieben als bei der Klimakrise. Etwas Vergleichbares wie das 2-Grad-Szenario gibt es für den Artenverlust nicht. Doch seine Auswirkungen stehen der Klimakrise in nichts nach. Ansatzweise erleben wir bereits, was die Vernichtung von Arten und Biotopen für uns Menschen konkret bedeutet: den Rückgang der bestäubenden Insekten, die abnehmenden Heringsbestände nicht nur in der Ostsee, die geringere Fähigkeit von Böden, Wasser zu speichern.

Denn wie dieses Geld ausgegeben wird, bestimmt entscheidend, wie es um die Biodiversität steht. Knapp 50 Milliarden Euro Steuergeld gehen in der EU jährlich in Agrarsubventionen. Je größer die bewirtschaftete Fläche eines Betriebes, desto höher die Zahlungen. Ob er umweltfreundlich arbeitet oder Natur zerstört, spielt keine Rolle. Die bisherige Förderpolitik der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hat so den Trend zu natur- und umweltschädigenden Praktiken verstärkt. Die vielfache Intensivierung der Ackernutzung, die Beseitigung von Kleinstrukturen wie Hecken und Feldrainen, Ackergifte und Massentierhaltung mit ihrem Gülleproblem, Grünlandverluste – all das schädigt die Natur in hohem Maße. Die Agrarsubventionen der EU fördern somit das Artensterben und die Gesellschaft zahlt dafür doppelt: zuerst mit Steuern für die Subventionen und später zum Ausgleich der Schäden an Natur und Umwelt.



MONOKULTUREN SIND ARTENKILLER

DIE GRENZE IST ERREICHT

Unsere Wirtschaftsweise, unser Lebensstil haben bereits sehr viel zerstört. Und wir haben noch viel mehr zu verlieren: Naturrefugien, Biotope und Ökosysteme, die bisher einen gigantischen Reichtum für uns produzieren – aber nicht unendlich. Wir spüren die Grenzen dessen, was der Globus verträgt, in diesem Jahrzehnt zum ersten Mal deutlich, auch hier in Mitteleuropa. Die Simulation von Politik durch das Abfassen von Zielerklärungen, für die dann aber nichts mehr getan wird, hat uns wertvolle Jahre gekostet. Diese Zeit wird uns noch schmerzhaft fehlen. Umso dringender sind jetzt wirksame Maßnahmen. Wir dürfen nicht weitere zwei Jahre vergeuden.

www.gruene-bundestag.de/artenvielfalt

Wir fordern deshalb einen Neustart der Verhandlungen zur europäischen Agrarreform. Wir wollen, dass Steuergeld nur noch für landwirtschaftliche Betriebe genutzt wird, die Umwelt- und Naturschutz, Klima- und Tierschutz voranbringen. Es braucht außerdem Anreize und Entlohnung für Landwirte, die die Natur und Artenvielfalt schützen. Dafür ist ein EU-Naturschutzfonds in Höhe von 15 Milliarden Euro pro Jahr erforderlich. Leider reicht das System der Naturzerstörung mit Steuergeldern noch weiter: Schwarz auf weiß rechnete es das Bundesamt für Naturschutz der Bundesregierung im April 2019 vor: Deutschland verschleudert jährlich 22 Milliarden Euro an naturschädigenden Subventionen in den Bereichen Siedlung, Verkehr und Landwirtschaft. Zusammen mit den klima- und damit naturschädlichen Subventionen im Energiebereich sind es pro Jahr sogar 55 Milliarden Euro. Nicht

nur in Europa ist das so, auch der Bericht des Weltartenschutzrates nennt wirtschaftliche Instrumente als einen der Haupttreiber der Naturzerstörung. Dazu gehören Subventionen und Finanztransfers ebenso wie Preise, die nicht die Umwelt- und Sozialkosten widerspiegeln. So lagen im Jahr 2015 in den OECD-Ländern Subventionen für eine potenziell umweltschädliche Landwirtschaft bei 100 Milliarden Euro.

DER AST, AUF DEM MAN SITZT

Der nächste harte Brocken sind die Ackergifte – eine Milliarden-Industrie. Die Menge an eingesetzten Pestiziden ist enorm. Ackergifte wie Glyphosat sollen Schädlinge treffen. Tatsächlich vernichten diese Pestizide aber weiträumig Wildkräuter und Insekten, rauben Bestäubern wie auch

insektenfressenden Vögeln die Nahrungsgrundlage. Im schlimmsten Fall stören oder vernichten sie ganze Nahrungsnetze. Wichtige Bodenlebewesen und andere Nützlinge werden ebenfalls geschädigt – die industrielle Landwirtschaft sägt an dem Ast, auf dem sie sitzt. Weil Pestizide in der Landwirtschaft großflächig zum Einsatz kommen, gelangen sie auch ins Wasser, in den Boden und in die Luft. Zuletzt finden sie sich in unseren Lebensmitteln wieder. Damit sich das ändert, fordern wir eine Halbierung des Pestizideinsatzes bis 2025 und eine umfassende Strategie zur Reduktion von Pestiziden. Totalherbizide wie Glyphosat und bienengefährliche Stoffe müssen sofort verboten werden. Naturschutzgebiete und andere artenreiche Zonen müssen wirksam von Pestiziden frei gehalten werden. Denn: Nistkästen und Insektenhotels sind gut. Das Artensterben können sie aber nicht aufhalten, wenn gleichzeitig Steuergelder in Milliardenhöhe in die Landwirtschaft fließen.



Steffi Lemke MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin,
Sprecherin für Naturschutzpolitik

ARBEITSKREISEN

AK EINS

Wirtschaft, Finanzen & Soziales

GEWERKSCHAFTS- UND SOZIALBEIRAT GEGRÜNDET

Die Bundestagsfraktion hat eine Plattform für den Austausch mit Verantwortlichen aus Gewerkschaften und Sozialverbänden ins Leben gerufen. Das erste Treffen im Mai war geprägt von einer Debatte über die Herausforderungen der Arbeits- und Sozialpolitik. Die Notwendigkeit einer wirkungsvollen Klimapolitik gewinnt an Bedeutung. Hinzu kommen Entwicklungen wie die ungleiche Vermögensentwicklung, Strukturbrüche in zentralen Industriezweigen und die Digitalisierung, die auf die Arbeitswelt und die soziale Absicherung erhebliche Auswirkungen haben. Wir wollen den Wandel in der Arbeitswelt so gestalten, dass alle profitieren. Die Debatte mit Gewerkschaften und Sozialverbänden ist in Anbetracht dieser großen Veränderungen besonders wichtig. Den Beirat koordinieren Beate Müller-Gemmeke und Sven Lehmann.

www.gruene-bundestag.de/sozialbeirat

EUROPAS INDUSTRIE ZUKUNFTSFEST MACHEN

Die Digitalisierung schreitet voran, die Klimakrise verschärft sich, die USA stellen den Multilateralismus infrage und China will der Globalisierung seinen Stempel aufdrücken. Auch Europa ist gefordert, sich industriepolitisch neu zu positionieren. Wir haben unsere grüne Industriepolitik im Mai im Bundestag zur Debatte gestellt. Unsere Industriestrategie für Europa ist ökologisch und sozial. Mit attraktiven Investitionsbedingungen für energieeffiziente und CO₂-mindernde Innovationen fördern wir industrielle Leuchtturmprojekte. Klima- und umweltfreundlich zu investieren, soll attraktiver werden. Wo Wirtschaftsminister Altmaier auf Großkonzerne und damit auf die Schwächung des Wettbewerbs setzt, wollen wir diesen stärken. Denn die Vielfalt an Unternehmen in Deutschland, ihr Ideenreichtum, ihre Flexibilität und Innovationsbereitschaft sind unsere Stärke im globalen Wettbewerb.

Für mehr Innovationen zählen wir deshalb auch auf den industriellen Mittelstand und Start-ups. Wir schlagen Instrumente vor, die für sie eine Brücke von der Forschung zum Geschäftsmodell bilden und durch kluge Ordnungspolitik Märkte schaffen. Unsere Vorschläge für fairen globalen Handel und Wettbewerb ermöglichen es Europa zu reagieren, wenn in Drittländern mit unfairen Mitteln agiert wird.

www.gruene-bundestag.de/europa-industrie

Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

AK ZWEI

KLIMASCHUTZ BEI DER BAHN

Im Verkehr konnte der Ausstoß von CO₂ bisher nicht gesenkt werden. Nicht nur um die Pariser Klimaziele – den Anstieg der Jahresmitteltemperatur möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen – zu erreichen, brauchen wir eine Verkehrswende hin zu den umweltfreundlichen Verkehrsmitteln. Wir wollen die Bahn dafür fit machen, den Rückstand im Erhalt und Ausbau des Bahnnetzes beenden und mit einem attraktiven Takt und guten Anschlüssen weitere Passagiere von der Straße auf die Schiene holen. Beim Klimaschutz selbst müssen Bahn und Bundesregierung nachlegen. Die Elektrifizierung der Strecken ist voranzutreiben, um Dieselloks durch E-Loks ersetzen zu können. Damit die Bahn ohne Abgase fahren kann, muss auch die DB AG ihren Strom zunehmend aus erneuerbaren Energien gewinnen.

www.gruene-bundestag.de/bahn-verkehrswende

DEUTSCHLAND MUSS WALDMEISTER WERDEN

Unsere Wälder kämpfen mit Waldbränden und Schädlingsbefall. Die Wälder können große Mengen an Kohlenstoff speichern und tragen so zum Klimaschutz bei. Wir brauchen gesunde, naturnahe Wälder und eine Politik, die danach handelt. Deshalb haben wir auf der grünen Waldkonferenz am 14. Juni einen „Aktionsplan für einen gesunden Wald“ vorgestellt. Wir wollen unter anderem Nadelholz-Plantagen zu laubholzreichen Öko-Wäldern umbauen und den Holzeinschlag an ökologischen Kriterien ausrichten. Für mehr Natur im Wald wollen wir den Waldnaturschutz ausbauen und auch Wildnis zulassen, indem wir eine Urwaldoffensive starten. Mit den Partnerländern im Süden wollen wir uns für den Erhalt der Wälder und für naturnahe Aufforstungen einsetzen.

www.gruene-bundestag.de/wald

UNSER WASSER WIRD SCHLEICHEND VERGIFTET

Immer mehr Gülle, Mikroplastik, Quecksilber und Arzneimittelrückstände werden in unsere Gewässer gepumpt. 28 Prozent der Grundwassermessstellen überschreiten die zulässigen Nitratwerte und in 93 Prozent der Flüsse sind keine typischen Flussgemeinschaften von Tieren und Pflanzen mehr zu finden. Während sich die Verursacherinnen und Verursacher wegen der verfehlten Umweltpolitik der Bundesregierung aus der Verantwortung stehlen können, werden Verbraucherinnen und Verbraucher zur Kasse gebeten. Wir fordern endlich weniger Gülle auf unseren Feldern und Wiesen. Gewässerbelastungen müssen insgesamt massiv reduziert, der Schadstoffeintrag schon an der Quelle gestoppt, Vorsorge- und Verursacherprinzip konsequent angewendet werden.

www.gruene-bundestag.de/wasser



Foto: Paul Langrock/Zenit/taif





Foto: Julia Knop/taif

AK DREI

Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

VIELFALT LEBEN

Trotz großer Fortschritte bei Gleichstellung und Akzeptanz bleibt Diskriminierung im Alltag für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen ein großes Problem. Vor allem queere Jugendliche leiden unter Anfeindungen wie „schwule Sau“. Die Suizidrate und das Risiko von Wohnungslosigkeit sind bei ihnen signifikant höher als bei gleichaltrigen Heterosexuellen.

Die grüne Bundestagsfraktion fordert einen bundesweiten Aktionsplan „Vielfalt leben“ für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

Fast alle Bundesländer haben so etwas. Die Bundesregierung bleibt stattdessen bei unverbindlichen Absichtserklärungen. Dabei gäbe es viel zu tun: bei der Bekämpfung von Hasskriminalität ebenso wie bei der Akzeptanzförderung. Das restriktive Transsexuellengesetz muss endlich durch ein modernes Selbstbestimmungsgesetz zur Anerkennung der Geschlechtervielfalt ersetzt werden. Und wir wollen ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Identität auch im Grundgesetz.

www.gruene-bundestag.de/vielfalt

GUTACHTEN DATENSCHUTZ

Seit einem Jahr ist die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) der EU in Kraft. Und sie zeigt positive Wirkung. Das macht ein von uns in Auftrag gegebenes Gutachten deutlich. Die ehemaligen Datenschutzbeauftragten des Landes Berlin und des Bundes, Dr. Alexander Dix und Peter Schaar, kommen darin zu dem Ergebnis, dass es weder die befürchtete Welle unzulässiger Abmahnungen gegen Kleinunternehmen und Vereine, noch die behaupteten Einschränkungen der Alltagskommunikation gegeben habe. Zwar gibt es noch Verunsicherungen und sind Anpassungen an die neuen Vorgaben auch mit Mühen verbunden, dennoch bringt die DSGVO als einheitlicher europäischer Rechtsrahmen viele Vorteile, auch und gerade für die deutsche Wirtschaft, so die Gutachter. Umso bedauerlicher ist es, dass die Bundesregierung Ängste geschürt hat, anstatt kleine und mittlere Unternehmen, Selbstständige und Vereine ausreichend bei der Umsetzung der DSGVO zu unterstützen. Zwar gibt es auch über die DSGVO hinaus noch einiges zu tun, aber schon heute setzt sie international Standards. Sie bietet mehr Schutz vor intransparentem Missbrauch persönlicher Daten, vor diskriminierenden Entscheidungen wie der unbegründeten Verweigerung von Krediten oder vor willkürlicher Überwachung im Alltag.

www.gruene-bundestag.de/dsgvo

AK VIER

Internationale Politik & Menschenrechte

FRIEDENSMACHT EUROPA

Für uns sind Dialog, Diplomatie und präventive Friedenspolitik der Schlüssel zu mehr Sicherheit und Frieden in der Welt. In unserem Antrag „Glaubwürdig für Frieden, Diplomatie und Sicherheit – Impulse für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“ legen wir dar, wie die Europäische Union weltpolitikfähiger werden kann. Verantwortungsvolle und vorausschauende Politik fängt nicht erst bei der Bearbeitung akuter Krisen und dann in ihrer Nachsorge an. Sie zielt bereits im Vorfeld darauf ab, die vielfältigen Ursachen von globaler Armut und Ungleichheit, Krisen und Gewalt zu beseitigen und zu entschärfen.

Es war uns wichtig, diese Herangehensweise vor den Wahlen zum Europaparlament und auch jetzt in der konkreten Ausgestaltung der zukünftigen Politiken noch einmal deutlich zu machen. Die EU braucht eine kluge und breit geteilte außen- und sicherheitspolitische Strategie, die der Förderung des Friedens in Europa und in seiner Nachbarschaft dient.

Herausforderungen wie die Klimakrise, humanitärer Umgang mit Flucht und Migration und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen lassen sich nicht mit nationaler Politik einzelner Mitgliedstaaten begegnen. Die EU verfügt nicht nur über wirtschaftliche Stärke, sondern hat bereits ein breites ziviles und diplomatisches Instrumentarium. In unserem Antrag machen wir deutlich, dieses Fundament weiter auszubauen. Dazu gehört auch eine engere sicherheitspolitische Kooperation. Aber diese darf sich nicht auf Fragen von Militär und Rüstung verkürzen. Es muss darauf hinauslaufen, Raum für nachhaltige, politische Lösungen zu schaffen. Dazu braucht es lebendige Zivilgesellschaften, eine starke und breite Beteiligung von Frauen und ausreichend Mittel für zivile Instrumente und Programme. Die jüngsten Entwicklungen auf europäischer Ebene mit auseinanderdriftenden Mitgliedstaaten und Einsparvorschlägen ausgerechnet auf der zivilen Seite haben gezeigt, dass es uns Grüne im Bundestag braucht, um dem etwas entgegenzusetzen.

www.gruene-bundestag.de/friedensmacht

AK FÜNF

Wissen, Generationen & Gesundheit

DIE DOPPELTE PFLEGEGARANTIE

Wie werden meine Eltern gepflegt? Wie wird es mir selbst ergehen? Was wird das kosten und kann ich mir das leisten? Unsere Antwort lautet: doppelte Pflegegarantie. Der Pflege-Eigenanteil, den Pflegebedürftige monatlich selbst für die Pflege tragen, wird künftig festgeschrieben und gedeckelt. Damit wird die finanzielle Vorsorge für die selbst aufzubringenden Pflegekosten verlässlich planbar. Alle weiteren Kosten für eine bedarfsgerechte pflegerische Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung. Damit wollen wir erreichen, dass in Zukunft alle Pflegebedürftigen die für sie notwendigen Pflegeleistungen erhalten und die Unterversorgung, die insbesondere bei der häuslichen Pflege vorkommen kann, beseitigt wird. Die Idee, die Verteilung der Kosten für Pflegebedürftige und Versicherung umzudrehen, ist einfach, die Umsetzung anspruchsvoll. Wir wollen die Weichen für eine zukunftsfähige Pflege jetzt stellen und arbeiten an einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens dafür.

www.gruene-bundestag.de/pflegegarantie

FAIRE CHANCEN FÜR JEDES KIND

Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut. Höchste Zeit, dass sich etwas ändert. Wir wollen eine Kindergrundsicherung, die automatisch und ohne kompliziertes Antragsverfahren ausgezahlt wird. Sie besteht aus einem Garantie-Betrag für jedes Kind und einem variablen GarantiePlus-Betrag für Kinder, deren Eltern wenig oder kein eigenes Einkommen haben. Je niedriger das Einkommen der Familie ist, desto höher fällt der GarantiePlus-Betrag aus. Daneben werden Mehr- und Einmalbedarfe und Leistungen aus dem bisherigen Bildungs- und Teilhabepaket unbürokratisch gewährt oder direkt ausgezahlt.

Wir verbinden mit der Reform zur Kindergrundsicherung einen einmalig einfachen Zugang zur Leistung. Zur Geburt des Kindes wird die Kindergrundsicherung einmal beantragt. Dabei können die Eltern einwilligen, dass für sie künftig automatisch geprüft wird, ob und in welcher Höhe ihnen neben dem Garantie-Betrag der GarantiePlus-Betrag zusteht. So stellen wir sicher, dass kein Kind mehr in verdeckter Armut aufwachsen muss.

www.gruene-bundestag.de/kindergrundsicherung

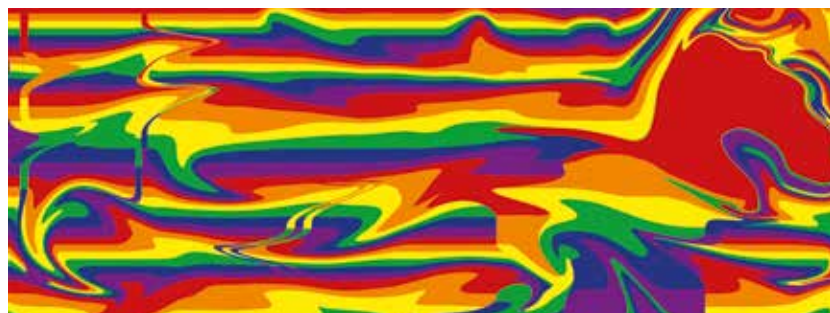
& grün & GRÜNER



Parlamentarische Nacht zum Kirchentag

WAS FÜR EIN VERTRAUEN

Zu unserer traditionellen Parlamentarischen Nacht am Eröffnungsabend des Kirchentags in Dortmund waren über 350 Gäste gekommen, um die grünen Positionen zu den Themen des Kirchentags, Klimaschutz, Flüchtlingspolitik, Menschenrechte und Rechtsextremismus zu diskutieren. Die Klimakrise sei jetzt die zentrale Frage, so die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt in ihrer Begrüßung, die Bewahrung der Schöpfung das gemeinsame Anliegen und Aufgabe ökologisch bewusster Politik. Konstantin von Notz, stellv. Fraktionsvorsitzender und Beauftragter für Religion und Weltanschauungen diskutierte im Anschluss mit Ellen Überschär, Vorsitzende der Böll-Stiftung, und Bettina Limperg, Präsidentin des Bundesgerichtshofs über Politik und Recht. Was können Parlamente, Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft tun? Einig war man sich darin, dass nur das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Rechtssystem die Legitimität unseres Rechtsstaats und seiner Institutionen aufrechterhalten und somit auch unsere Gesellschaft zusammenhalten kann. www.gruene-bundestag.de/kirchentag



QUEER LIVES MATTER

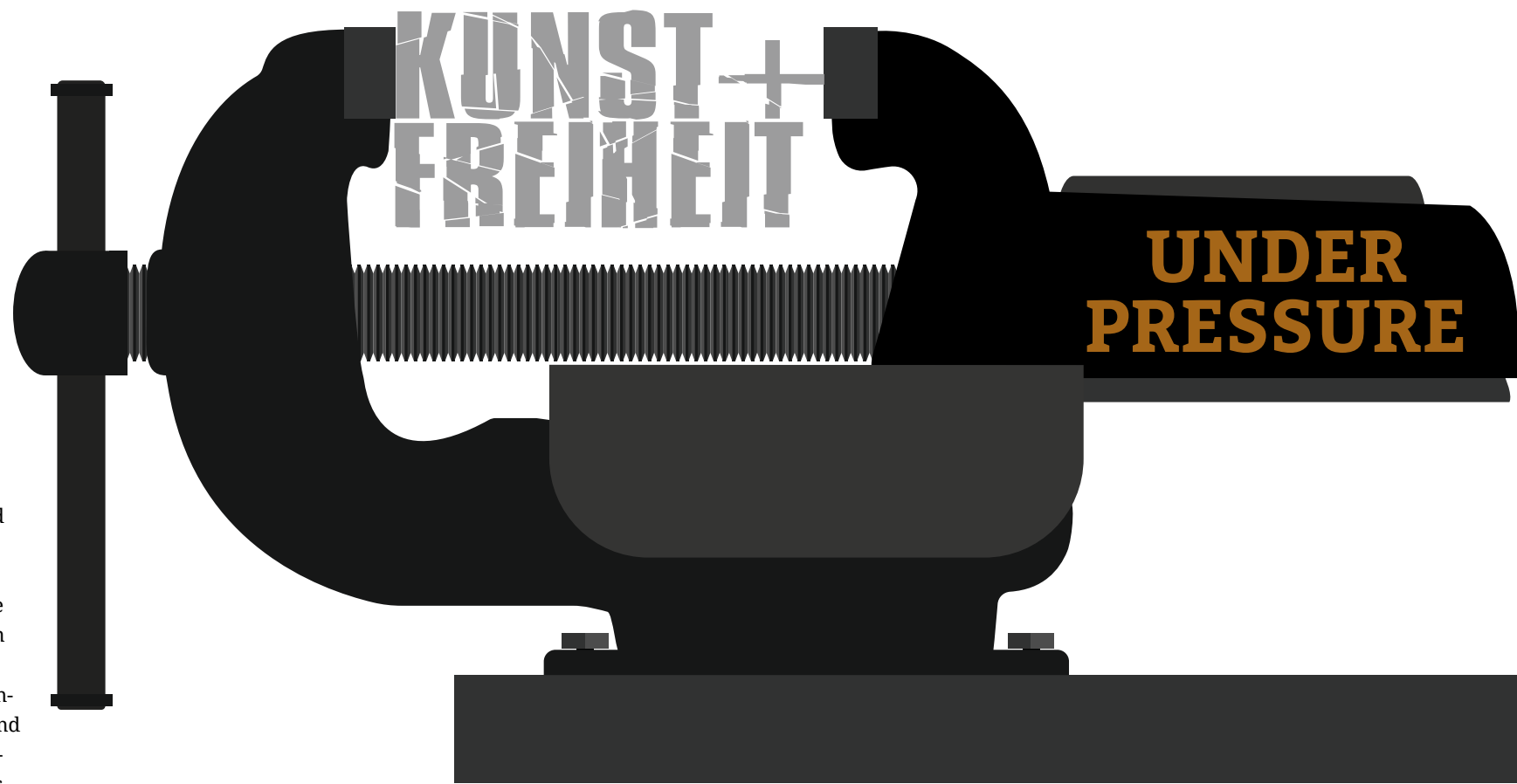
Parlamentarischer Regenbogenabend

50 Jahre nach Stonewall diskutierten am 10. Mai 2019 über 700 Menschen beim 13. Parlamentarischen Regenbogenabend mit uns über die Situation von LSBTI weltweit und in Deutschland. Unsere Abgeordneten Ulle Schauws und Sven Lehmann, die in der grünen Bundestagsfraktion für Queerpolitik zuständig sind, wiesen auf die dramatische Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) weltweit hin, zu der wir eine Große Anfrage im Bundestag gestellt hatten. Fast die Hälfte der Menschheit lebt in Ländern, in denen LSBTI staatlich diskriminiert, brutal verfolgt oder

gar umgebracht werden. Und noch weit mehr können sich weder auf staatlichen Schutz noch auf gesellschaftliche Solidarität verlassen, wenn sie Opfer von Hetze, Hass oder Gewalt werden.

Danach stellten die beiden Abgeordneten unsere wichtigsten queerpolitischen Initiativen vor wie die Bekämpfung der sogenannten Konversionstherapien, die interfraktionelle Initiative zur Ergänzung des Grundgesetzartikels 3 Absatz 3 um das Merkmal „sexuelle Identität“ wie auch unsere Anfragen zur unbesetzten Leitung der Antidiskriminierungsstelle. Sven Lehmann kündigte einen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit an und kritisierte scharf den Gesetzentwurf aus dem Justiz- und Innenministerium. Und natürlich wurde auch – bis spät in die Nacht – gefeiert.

www.gruene-bundestag.de/regenbogenabend



PARLAMENTARISCHER ABEND ZUR KULTURPOLITIK

350 Gäste aus Kunst, Kultur und Medien trafen sich am 14. Mai 2019 in der großen Halle des Paul-Löbe-Hauses. Katrin Göring-Eckardt betonte in ihrer Begrüßung, wie sehr auch die Kunst unter Druck von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten geraten sei und wie wichtig es jetzt sei, dem mit „Vielfalt und offenem Austausch“ zu begegnen.

Weil in vielen europäischen Ländern Kultureinrichtungen von rechten Parteien und Gruppierungen massiv unter Druck gesetzt werden, hatten Erhard Grundl, Sprecher für Kulturpolitik, und die grüne Bundestagsvizepräsidentin, Claudia Roth, auf der Plattform „change.org“ die sogenannte Brüsseler Erklärung für die Freiheit der Kunst veröffentlicht. Diese Erklärung haben inzwischen über 50.000 Menschen unterzeichnet.

Nach einer musikalischen Begrüßung durch die Dresdner Brassband „Banda Internationale“ ging es auf dem Podium in medias res. Einig war man sich in der Townhall-Runde mit Kampnagel-Intendantin Amelie Deuflhardt, Pianist Igor Levit und der Rapperin Sookee, dass auch die Politik für die Freiheit der Kunst schützende Rahmenbedingungen schaffen muss. An insgesamt zwölf „Ansprechbars“ diskutierten grüne Abgeordnete mit Fachleuten und weiteren Gästen darüber, was die Politik für die Freiheit der Kunst tun kann.

www.gruene-bundestag.de/under-pressure

TERMINE

Mehr unter:

www.gruene-bundestag.de/Termine

TAG DER EIN- UND AUSBLICKE: ARTENVERNICHTUNG STOPPEN

Am 8.9. im Deutschen Bundestag
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
TEL 030/227 59062
oea@gruene-bundestag.de

„RADIX-BLÄTTER“: DDR-SUBKULTUR UND FRIEDLICHE REVOLUTION

Fachgespräch am 10.9. in Berlin
AK 5 Koordination
TEL 030/227 51066
ak5@gruene-bundestag.de

HEIMAT EUROPA

Gesprächsreihe über Heimat
am 12.9. in Berlin
AK 5 Koordination
TEL 030/227 51066
ak5@gruene-bundestag.de

BEWEGUNGSKONFERENZ: FREIE FAHRT FÜRS RAD!

Konferenz am 13./14.9. in Berlin
AK 2 Koordination
TEL 030/227 59406
ak2@gruene-bundestag.de

10 JAHRE UN-BEHINDERTEN- RECHTSKONVENTION

Konferenz am 23.9. in Berlin
AK 1 Koordination
TEL 030/227 51121
ak1@gruene-bundestag.de

PUBLIKATIONEN

Mehr unter:

[www.gruene-bundestag.de/
Publikationen](http://www.gruene-bundestag.de/Publikationen)

FLYER

- 19/41 Lebenswerte Regionen
- 19/40 Fahrradpolitik
- 19/39 Bürgerenergie
- 19/38 ÖPNV
- 19/37 Wasser
- 19/36 Engagement
- 19/35 Kleine und Mittlere Unternehmen
- 19/33 Artenvielfalt

READER

- 19/28 Antiziganismus in Deutschland und Europa
- 19/25 Jahreswohlstandsbericht 2019

LEPORELLO

- 19/34 Wohlstand neu bewerten

Bestellungen an:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin, oder: versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Auf unserer neugestalteten Website: tagesaktuelle Nachrichten, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf: www.gruene-bundestag.de

Unser Video-Tipp:

[www.gruene-bundestag.de/
Kindergrundsicherung-Video](http://www.gruene-bundestag.de/Kindergrundsicherung-Video)

Kommentare, Ideen und Fragen können Sie auch in den sozialen Netzwerken posten:

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/
gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/
Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)